



Update
03/2020
Bernhard Daldrup, MdB
Für den Kreis Warendorf

Berlin, 14. Februar 2020

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

das Debakel von Thüringen peitscht immer neue Böen durch die politische Landschaft Deutschlands. Die CDU-Fassade der Geschlossenheit bröckelt. Die Erfurter Christ- und Freidemokraten haben anschaulich bewiesen, welch geringes Gewicht die Empfehlungen der Bundesparteien für sie haben. Beide Parteien tun nun gut daran, dem Vertrauensverlust entgegenzuwirken. Ein anderer Hirte für den Osten tut es jedenfalls nicht.

Wichtige Durchbrüche gab es bei den Mieten. Mit der Verlängerung der Mietpreisbremse hat die SPD-Bundestagsfraktion diese Woche den Weg zu gerechten und bezahlbaren Mieten fest verankert. Wir sorgen nun dafür, dass Mieten in angespannten Wohnungsmärkten bis Ende 2025 weiterhin auf moderatem Niveau verbleiben.

Dies und Weiteres erfahrt Ihr in diesem Update.

*Liebe Grüße aus Berlin,
und nun: Viel Spaß beim Lesen!*
Euer





Die Aktion Rote-Hand ist ein alljährlicher, öffentlicher Protest und ein Zeichen im Sinne aller Menschen, die sich gegen diesen Missbrauch von Kindern engagieren. Die Aktion Rote-Hand fordert den Stopp der aktuellen Rekrutierung von Minderjährigen unter 18 Jahren in die Bundeswehr und anderen Armeen bzw. bewaffneten Gruppen (inkl. eines Stopps für an Minderjährige gerichtete Werbung der Bundeswehr). Weiterhin fordert sie verbindliche Friedensausbildung in Lehrplänen und für Lehrerinnen und Lehrer, mehr Mittel für Kindersoldaten-Hilfsprogramme und das Verbot von Rüstungsexporten (insbesondere Kleinwaffen) in Krisengebiete.

Als Vater zweier Söhne habe ich beschlossen zum „Internationalen Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten 2020“ am 12. Februar, selbst mit dem roten Handabdruck ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten zu setzen. Ich rufe alle Schulen im Kreis Warendorf auf, ebenfalls mit ihrem roten Handabdruck den Kampf gegen den Einsatz von Kindersoldaten zu unterstützen! Bis Ende Februar können die Abdrücke an mein Wahlkreisbüro in Ahlen gesandt werden und werden anschließend der Kinderkommission des Deutschen Bundestages übergeben.

// Zukunftsinvestitionen stauen sich

Investitionen in unsere Kommunen, wie beispielsweise in die Infrastruktur oder Bildungseinrichtungen, sind dringend nötig – besonders angesichts praller Bundeskassen. In verschiedenen Umfragen, wie beispielsweise die des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) im Auftrag der KfW, aber auch in wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen, wird auf diese Notwendigkeit verstärkt hingewiesen. Der Bund hat an dieser Stelle nicht geschlafen und stellt jährlich mehr als 40 Mrd. Euro für die Kommunen bereit. Allerdings beklagen Bund und Länder zunehmend, dass die bereitgestellten Investitionsmittel nicht abgerufen werden.

Die AG Kommunalpolitik, der ich als kommunalpolitischer Sprecher vorstehe, beriet diese Woche über die Gründe für den Investitionsstau, wie dieser gesenkt und Investitionen für Zukunftsfelder freigesetzt werden können. Als Experten waren Werner Gatzer, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, und Carsten Kühl, Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) geladen.

Den Zugzwang allein auf die Kommunen abzuwälzen, ist leichtfertig wie falsch. Dass die Mittel auf den Konten verstauben, hat einige Gründe. Allem voran fehlt es trotz der enorm hohen Summe an



Einblick in die AG Kommunalpolitik im Marie-Juchacz-Saal.

Planungssicherheit. Wir müssen diese Haushaltsdebatte längerfristig führen, denn wenn der Bund die Mittel erst erhöht, wenn sie abfließen, steigt das Planungs-Risiko der Kommunen und ein Hochfahren der Kapazitäten ist nicht möglich. Es braucht das Signal: Wir sind bereit zu investieren, also investiert!

Ein wichtiger Punkt der Debatte ist auch die Bürokratiedichte der Antragsstellung. Viele Kommunen

verzichten auf einen Antrag schlichtweg, weil die dafür nötigen Unterlagen nur schwer abrufbar sind. Diese Selbstblockaden gilt es aufzulösen.

// KOALITION VERLÄNGERT UND VERSCHÄRFT MIETPREISBREMSE

Die SPD-Fraktion steht fest an der Seite der Mieterinnen und Mieter. Deshalb haben sich die Sozialdemokraten für die Verlängerung der so genannten Mietpreisbremse stark gemacht und konnten sich letztlich gegen den Widerstand der Union durchsetzen.

Denn ohne eine neue gesetzliche Regelung würde die Mietpreisbremse schon 2020 in einigen Bundesländern auslaufen. Mit dem Gesetz, das der Bundestag am Freitag in 2./3. Lesung beschlossen hat, schafft die Koalition die Option für die Landesregierungen, die Regelungen zur Mietpreisbremse um weitere fünf Jahre verlängern (Drs. 19/15824).

**Wohnen muss
bezahlbar sein!**

SPD
Fraktion im
Bundestag

Mehrere Studien belegen, dass die Mietpreisbremse wirkt. Sie schützt Mieterinnen und Mieter vor rasant steigenden Mieten. Die Möglichkeit der Verlängerung bis zum 31.12.2025 sorgt nun dafür, dass diese Wirkung anhalten kann.

Darüber hinaus – und das ist die bemerkenswertere Errungenschaft aus Sicht der SPD-Fraktion – verschärfen die Koalitionsfraktionen die Mietpreisbremse: Zu viel gezahlte Miete kann künftig rückwirkend ab Beginn des Mietverhältnisses für bis zu 30 Monate zurückgefordert werden. Zurzeit gilt das erst ab dem Zeitpunkt einer Rüge.

Wichtig: Diese Regelung geht über die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag hinaus und führt dazu, dass Vermieterinnen und Vermieter erst gar keine unzulässigen Mieten verlangen werden, weil sie sich sonst entsprechenden Rückzahlungsverpflichtungen aussetzen. Das ist eine wichtige Stärkung der Rechte von Mieterinnen und

Mieter, die es ohne die SPD-Fraktion nicht geben würde.

Der Bundesrat hat dem Gesetz diese Woche zugestimmt, sodass es rechtzeitig in Kraft tritt, damit die Länder die Mietpreisbremse verlängern können.

// Aktuelle Stunde LINKE: „Nach der Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich – Auswirkungen auf Demokratie und internationale Beziehungen“

Die Kemmerich-Wahl in Thüringen sorgt noch immer für politische Kontroversen. Die umstrittene Ministerpräsidentenwahl im Thüringer Landtag hat am Donnerstag auch im Bundestag zu einer emotionalen Debatte geführt. In einer Aktuellen Stunde, die von zahlreichen Zwischenrufen geprägt war, machten sich die beteiligten Parteien gegenseitig für das politische Beben verantwortlich, das von Erfurt ausging. Die Linke beklagte, CDU und FDP hätten es billigend in Kauf genommen, dass der FDP-Politiker Thomas Kemmerich mit den Stimmen der AfD gewählt wird. Die AfD wiederum bezeichnete es als undemokratisch, dass Kemmerich zurücktreten musste.



Selbstkritisch gab sich der FDP-Vorsitzende Christian Lindner: «Wir sind beschämt, weil wir der AfD ermöglicht haben, uns und darüber hinaus die parlamentarische Demokratie zu verhöhnen», sagte Lindner. «Dafür entschuldige ich mich namens der Freien Demokraten.» Gleichzeitig kündigte er die Einsetzung einer Arbeitsgruppe an, um die Geschehnisse aufzuarbeiten. «Erfurt war ein Fehler, aber wir unternehmen alles, damit er sich nicht wiederholen kann.»

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Carsten Schneider sieht auch die CDU und ihre Abgrenzungsbeschlüsse als Teil des Problems. Die ostdeutschen Christdemokraten müssten sich klar werden, ob sie mit der «fatalen Gleichsetzung» von Linkspartei und AfD nicht in Wahrheit das Geschäft der politischen Rechten betreiben. CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak verteidigte hingegen den Kurs seiner Partei und schloss eine Wahl des bisherigen Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow kategorisch aus. Ramelow sei ein Kandidat der Linken und werde deswegen keine Unterstützung bekommen - «wie jeder andere Kandidat der Linken für das Amt des Ministerpräsidenten».

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt rief in Richtung der AfD, wer die Demokratie bewusst zerstören wolle, der liebe dieses Land nicht. «Sie lieben dieses Land nicht. Sie wollen es brennen sehen und deswegen stehen die Demokratinnen und Demokraten hier gemeinsam auf.» Die Linken-Fraktionsvorsitzende Amira Mohamed Ali warf der Union und den Freidemokraten in Thüringen einen bewussten Tabubruch vor: «Das war kein Versehen. FDP und CDU wussten, was passieren kann.» Das sei alarmierend für den Zustand der Demokratie.

Schwere Vorwürfe gegen die anderen Parteien erhob auch AfD-Fraktionschef Alexander Gauland. Er nannte es «die natürlichste und demokratischste Sache der Welt», wenn ein demokratischer Abgeordneter von anderen Demokraten zum Regierungschef gewählt wird. Nicht normal sei es jedoch, das Ergebnis dieser Wahl rückgängig machen zu wollen.

Ziemiak griff in seiner Rede den Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke an. «Es gibt einige, die sagen, «warum nennt der CDU-Generalsekretär Herrn Höcke einen Nazi?» Ganz einfach, weil er erwiesenermaßen einer ist (...) und deswegen werde ich das auch weiterhin tun.» Die ehemalige AfD-Chefin Frauke Petry, die inzwischen aus der Partei ausgetreten ist, warnte ebenfalls vor dem Thüringer Parteichef. Weil durch den Kemmerich-Rücktritt eine «bürgerliche Regierung» in Thüringen vereitelt werde, ver helfe man Höcke mittelfristig zum Bundesvorsitz der AfD. «Und Gott gnade diesem Land, was dann passiert.» Während ihrer Zeit an der Parteispitze hatte Petry vergeblich versucht, Höcke aus der AfD auszuschließen.

Der Bundestag hat am Freitag in 2./3. Lesung den Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes beschlossen (Aufstiegs-Bafög; Drs. 19/15273).



Mit dem Gesetz geht die Koalition einen wichtigen Schritt, um die berufliche Weiterbildung noch attraktiver zu machen und die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung voranzubringen.

Höhere Zuschüsse zu Prüfungs- und Lehrgangskosten, geringere Gebühren für bestandene Prüfungen und die komplette Übernahme der Unterhaltskosten während einer Vollzeitmaßnahme erleichtern künftig die Entscheidung, eine Aufstiegsfortbildung aufzunehmen.

Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Weiterbildung rückt mit der Reform in den Vordergrund und stellt die Aufstiegschancen vieler Berufstätiger sehr viel besser. Das hat die SPD-Bundestagsfraktion schon lange gefordert!

Besonders der im Gesetz vorgesehene Vollzuschuss ist wichtig, da er Frauen hilft, die häufiger eine Aufstiegsfortbildung in Vollzeit absolvieren. Das gilt besonders für die sozialen Berufe, wie der staatlich anerkannten Erzieherin, die auf dem ersten Platz der geförderten Berufe durch das Aufstiegs-Bafög steht.

Auch die Erhöhung des Kinderzuschlags ist richtig und erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Aufstiegsfortbildung. Hier hat die SPD-Bundestagsfraktion starke Akzente gesetzt.

In einem Entschließungsantrag fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, zu evaluieren, ob Ziele des Gesetzes erreicht wurden und anschließend das Ergebnis dem Bundestag vorzulegen. Darin sollen Hemmnisse und Hürden der

// KOALITION MODERNISIERT DAS AUFSTIEGS-BAFÖG

Zielgruppen, das Weiterbildungsverhalten und Abbruchquoten und deren Gründe untersucht werden.

Außerdem soll die Öffentlichkeitsarbeit für das Aufstiegs-Bafög verstärkt werden, um die Zielgruppen angemessen und auf vielfältige Weise zu informieren.

Das Gesetz tritt zum 1. August 2020 in Kraft.



Am Dienstag war ich zusammen mit meinen AbgeordnetenkollegInnen Ingrid Arndt-Brauer, Johannes Schraps, Michael Schrodi, Christian Petry und Sabine Poschmann zu einem Fachgespräch mit der Sparkassen-Finanzgruppe eingeladen. Mit dem Präsidenten des Sparkassenverbands, Herrn Helmut Schleweis und dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied, Herrn Dr. Schackmann-Fallis sprachen wir über aktuelle Konjunkturentwicklungen, die Idee des Digitalen, Investitionen und Bankenregulierung.